

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 15 (1920)
Heft: 6

Artikel: Die Frauen im Reichsparlament
Autor: Zietz, Luise
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351990>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

— ein gleiches Abstimmungsresultat zu erwarten gewesen wäre? Wahrscheinlich. Einer Volksabstimmung überlassen, wäre auch bei uns der Widerstand gegen die Umwälzung politischer Rechte an die Frauen zum Ausdruck gekommen. Denn auch bei uns ist das Mißtrauen gegen die politische Betätigung der Frauen noch nicht geschwunden. Auch im Proletariat nicht. (Das sehen wir in den Betrieben, bei der täglichen politischen Kleinarbeit, der Aufteilung der Mandate usw. Im Wiener Kreisarbeiterrat zum Beispiel ist die Zahl der Frauen auffallend gering, im Berliner Zentralrat saß eine einzige Frau.) Das alte, kleinbürgerliche Familienidyll vom Hause als Welt der Frau ist zwar vom Kapitalismus längst zerstört. Das Haus ist schon lange nicht mehr ausschließlich das Betätigungsfeld der Frau. Die Frauen stehen heute im brausenden Strom des gesellschaftlichen Lebens gleich den Männern; sie sind durch ihre Erwerbsarbeit auf ihre eigene Kraft verwiesen, von der Familie unabhängig und durch die gleiche Arbeit dem Mann zur Seite gestellt. Die alten, philisterhaften und kleinbürgerlichen Anschauungen von der Frau als Hüterin des Hauses leben aber noch immer im Proletariate fort und hemmen als reaktionärer Bremsklotz die gesellschaftliche Entwicklung.

Allerdings stößt der wirtschaftliche Fortschritt, der in der Industrialisierung der Frauen liegt, auch auf den Widerstand der Frauen selbst. Daraus folgt aber nicht, daß darum die Einreihung der Frauen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß nicht wünschenswert wäre. Seinerzeit erfolgte die Einstellung der Maschinen, die eine ungeahnte Revolutionierung des Wirtschaftslebens herbeiführte und die organisatorischen Grundlagen geschaffen wurden zur künftigen kommunistischen Wirtschaftsordnung, gleichfalls gegen den Willen der Arbeiter. Haben die Frauen erst erkannt, daß die erste Vorbedingung zu ihrer völligen wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung ihre Wiedereinführung in die öffentliche Industrie ist, werden sie auch den versteckten und offenen Widerstand der Kleinbürger, die am Althergebrachten hängen, zu überwinden wissen.



Die Frauen im Reichsparlament.

Von Luise Biehl, Berlin.

Alle politischen Parteien, auch diejenigen, die grundsätzlich Gegner des Frauenwahlrechts sind, hatten an bevorzugten Stellen der Kandidatenlisten für die Nationalversammlung Frauen aufgestellt.

Demzufolge sind denn auch in allen Fraktionen weibliche Abgeordnete vertreten.

Damit ist von den politischen Parteien, die Gegner des Frauenwahlrechts waren — und noch sind, zwar keine grundsätzliche, aber, notgedrungen, eine tatsächliche Anerkennung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts erfolgt.

Um größtmögliche Nutznießer des Frauenwahlrechts zu werden, das heißt um möglichst viel Frauenstimmen über die engeren Kreise der Parteimitgliedschaft hinaus zu werben, mußten sie, entgegen ihrem Prinzip, Frauen ihrer Partei, an aussichtsreicher Stelle auf die Listen nehmen und ihnen so zur Betätigung ihres passiven Wahlrechts verhelfen.

Für die soziale Gesetzgebung und für die tatsächliche Durchführung der Gleichberechtigung der Frauen ist durch die Wahl weiblicher Abgeordneter der bürgerlichen Parteien und zum Teil auch der Rechtssozialisten wenig oder nichts gewonnen.

Es zeigt sich jetzt mit aller Deutlichkeit, wie falsch jene Anschauung war, daß mit der Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts für die Proletarierinnen auch nur das geringste erreicht, der erste Schritt zum gleichen Frauenwahlrecht getan sei. — Umgekehrt!

Bürgerliche Frauen hätten das beschränkte Wahlrecht als Waffe benutzt, zu dem Zweck, es den Proletarierinnen vorzuenthalten, um so den politischen Einfluß der Sozialdemo-

kraten zu schwächen. Ein Zusammengehen aller weiblichen Abgeordneten, um für ihre „ärmeren Schwestern“ etwas durchzusetzen, oder um für alle Frauen eine Umgestaltung des kapitalistisch zugeschnittenen bürgerlichen Rechts zu erreichen, war unmöglich.

Nediglich in zwei Fällen*, wo das Interesse des Kapitals unberührt blieb, gingen alle weiblichen Abgeordneten zusammen. Einmal, als es sich um eine Rundgebung für die Beschleunigung des Rücktransportes der Kriegsgefangenen handelte (und da mußten wir noch um die Fassung kämpfen, damit die Entschliebung nicht zu nationalistischen Zwecken ausgenutzt werden konnte); und das anderemal, wo es sich um einen Protest gegen die rücksichtslose Hinausdrängung weiblicher Arbeiter und Angestellten aus ihren Stellen auf Grund einer Demobilisierungszorder handelte.

Als es dagegen galt, die bestehenden Ausnahmebestimmungen gegen das uneheliche Kind und dessen Mutter zu beseitigen, haben die bürgerlichen weiblichen Abgeordneten genau so unsern Antrag niedergestimmt wie ihre männlichen Kollegen.

Erklärlich genug!

Die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches, nach denen das uneheliche Kind und dessen Mutter minderen Rechts sind, widerspiegeln die doppelte Moral für Mann und Frau, die wurzelt im Privateigentum, das in der Einzelsehe, in der Familie, die Institution entstehen ließ, mit deren Hilfe den ehelichen Kindern das Vermögen des Vaters gesichert wird.

So wie Abraham Sagar und Ismael in die Wüste jagte, als ihm im vorgerückten Alter noch ein ehelicher Sohn geboren wurde, dem er sein Vermögen hinterlassen wollte, so werden heute durch die ausnahmegesetzlichen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches die Gitter errichtet, die das uneheliche Kind und dessen Mutter in der Wüste sozialer Achtung und wirtschaftlicher Not festhalten und die als Schutz für das Vermögen des Vaters und dessen Familie dienen. Und da stehen alle Bürgerlichen zusammen. In diesen Fällen fühlen sich die weiblichen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien nicht als besondere Vertreter von Fraueninteressen, sondern als Schützerinnen des Kapitals.

Ganz dasselbe erlebten wir, als wir beantragten, die Ausnahmebestimmungen gegen die Prostituierten zu beseitigen, die sogar zu einer Gefahr für anständige Frauen werden und zudem die Prostituierten, Opfer unserer Gesellschaftsordnung, immer tiefer in den Sumpf sittlicher Entartung stoßen. Von diesen Dingen wollte man in dem „hohen Hause“ nichts hören. Männlein und Weiblein der Bürgerlichen lehnten unsern Antrag ab.

Selbst unser Antrag auf Aufhebung der Bestimmung, daß weibliche Lehrer und Beamte aus dem Dienst scheiden müssen, wenn sie heiraten, wurde abgelehnt; Frauen des Zentrums, der Deutschnationalen und der Demokraten polemisierten gegen uns aus den verschiedensten Motiven.

Die schwammige Fassung, daß alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte und Lehrer aufzuheben seien, diente ihnen als Feigenblatt, um ihre reaktionäre Haltung zu verdecken. In der Praxis ist es in allen Bundesstaaten beim alten geblieben.

Am tollsten gestalteten sich die Dinge, als das Gesetz über die Reichswochenhilfe verhandelt und verabschiedet wurde.

Bürgerliche und rechtssozialistische weibliche Abgeordnete polemisierten und stimmten gegen unsere Anträge, den Schwangeren und Wöchnerinnen zu gewähren:

1. Eine Schwangerschaftsfürsorge für 8 Wochen in der Höhe des Grundlohnes (doppeltes Krankengeld).
2. Eine Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen in der Höhe des Grundlohnes.

* Inzwischen wurde noch ein gemeinsamer Protest erlassen gegen die Verwendung farbiger Truppen im besetzten deutschen Gebiete.

3. Unentgeltliche obligatorische Hebammendienste, und wenn nötig, ärztliche Hilfe bei Entbindung und Schwangerschaftsbeschwerden.

4. Ein Stillgeld in der Höhe des Krankengeldes für 26 Wochen.

5. Obligatorische Familienfürsorge für die Versicherten.

Statt des Obligatoriums der Hebammenhilfe wurde eine Geldsumme von 50 Mark gewährt, Wöchnerinnenunterstützung in der Höhe des Krankengeldes und Stillgeld nur für 12 Wochen in der durchaus unzulänglichen Höhe des halben Krankengeldes, dafür aber die Krankenkassenbeiträge enorm erhöht. Hier standen die wichtigsten Lebensinteressen von Mutter und Kind auf dem Spiel und alle weiblichen Abgeordneten stimmten dagegen, weil — der Staat kein Geld habe! —

Kapitalinteressen wurden höher bewertet als warmes Menschenleben!

Wir standen ganz allein mit unseren Anträgen.



Die Wahlen in die deutsche Nationalversammlung.

Am 6. Juni finden in Deutschland die Wahlen für die Nationalversammlung statt. Das Weggrennen seitens der verschiedenen Parteien um die Gunst der Wähler hat begonnen, Wahlversammlungen mit großen Versprechungen sind an der Tagesordnung. Nicht weniger wie drei proletarische Klassenkampfparteien ziehen getrennt in den Wahlkampf. Die Mehrheitssozialisten, welche viel vom Sozialismus reden, aber seit 1904 die Arbeiterchaft und den Sozialismus verraten haben, die Partei der Noskes, der Scheidemann und Ebert wagt es noch, vom Sozialismus zu sprechen. Die unabhängige sozialistische Partei Deutschlands wirbt um die Gunst der Arbeiterwähler, sie hat in letzter Zeit eine Linkschwenkung durchgemacht, sie ist mit unserer Partei zu vergleichen, sie redet viel, und kommt es zum Handeln, gibt es eine Menge Wenn und Aber. Als weitere Partei tritt die kommunistische Partei (Spartakusbund) in den Wahlkampf. Ihr Programm ist klar und deutlich: Kampf bis aufs Messer dem Bürgertum, dem kapitalistischen Staat, die politische Macht den Arbeiterräten. Um eine wirkliche Tribüne für die Propagierung ihrer Forderung zu haben und um den bürgerlichen und den sogenannten sozialistischen Parteien die Maske vom Gesicht reißen zu können, beteiligt sie sich am Wahlkampf als Arbeiterpartei, welche den Sozialismus, den Kommunismus tatsächlich verwirklichen will. An erster Stelle auf der Kandidatenliste steht unsere bewährte Führerin Clara Zetkin. Der Wahlmodus ist folgender: auf je 60.000 Stimmen kommt ein Kandidat, an der Kandidatenliste kann nichts geändert werden, der oberste Name ist der erstgewählte, bei einem zweiten Wahlgang geht es um die Restmandate. Es wird sich nun zeigen, ob die Arbeiterfrauen in den Kriegsjahren, in den Jahren der ungeheuren Teuerung und der Arbeitslosigkeit, wie sie heute bestehen, gelernt haben, ob sie ihre Stimmen den wirklichen Vertretern ihrer Interessen geben, oder solchen, welche jetzt auf die Wahlen hin schöne Wörtchen machen und das Blaue vom Himmel versprechen, um alle Versprechungen nach dem Wahltag wieder zu vergessen. Wir zweifeln nicht an der politischen Einsicht unserer deutschen Genossinnen und wünschen besten Erfolg!



Hilfsaktion für ausländische Proletarierkinder.

Tränenden Auges, begleitet von liebevollen Pflegeeltern sind die Wiener Proletarierkinder abgereist. Sie haben sogar Schweizerdeutsch gelernt. Man muß so eine Weile ge-

sehen haben, vollbepackt reisen sie wieder ab, gut gekleidet und genährt, ordentlich runde, rote Wangen haben die ausghungerten Kinder bekommen. Mir scheint zwar, daß man an einzelnen der Kinder zu viel tue und daß dadurch all die anderen gekürzt werden, denn wie viele harren und plangen nach einem Schweizeraufenthalt. Leider wollen auch so viele Pflegeeltern wiederum das Kind, das sie schon mal gehabt haben, ein menschlich durchaus zu begreifender Zug, man gewöhnt sich aneinander, gewinnt sich lieb und rechnet den kleinen Pflegebefohlenen schon beinahe zur Familie. Aber gerecht ist es nicht, denken wir all der vielen, welche so gerne kommen möchten und eine Erholung so bitter notwendig hätten. Ein Genosse aus Wien schreibt uns (nicht einer von denen, welcher glaubt, daß die heutigen Zustände mit etwas Wohltätigkeit oder etwas Fürsorge geändert werden könnten, sondern einer, der in vorderster Reihe für den Kommunismus kämpft): „Wann kann der nächste Zug kommen, wir haben wieder eine große Zahl Kinder beisammen, für die es kaum eine andere Hilfe gibt, als wie eine Reise in die Schweiz; wie froh wären wir, wenn die Sache auf Ende Mai zum Klappen käme usw.“ Eine Genossin, Lehrerin aus Graz, schreibt: „Seid Ihr in der Lage, für unsere Grazerkinder etwas zu tun? Wie glücklich wären wir, wenn sich ein Aufenthalt in der Schweiz für die Allerschwächsten möglich machen würde. Ein Menschenfreund will die Reisekosten übernehmen, wenn Ihr für die Pflegeplätze besorgt seid, usw.“

Was tun? Ich denke, nochmals eine Anstrengung machen, nochmals Umschau halten, wo es möglich wäre, Kinder unterzubringen und schnellstens die Adresse dem Bureau der Hilfsaktion ausländischer Proletarierkinder, Birmensdorferstraße 55, Zürich 3, angeben. Geldzahlungen können durch das Postcheckkonto VIII 5281 kostenlos einbezahlt werden.

Der Zumutungen an unsere Genossen sind viele, sie, die nichts Uebrigens haben, haben stets abzugeben, aber anderseits wissen wir, daß gerade sie das meiste Verständnis für Not und Elend haben. Genossinnen, versucht noch einmal, das Unmögliche möglich zu machen, sehnüchtige, hungernde Kinder harren eurer Antwort. Sie sind immer wieder enttäuscht worden; versuchen wir wenigstens ihnen das schwere Los etwas zu erleichtern. ***

*

Ankunft in Wien.

Kinder aus Italien. Vor der Bahnsperrung des Südbahnhofes staut sich die Menge — Proletarier sind es, Männer und Frauen mit abgeharnten, müden Gesichtern, und doch spähen heute ihre Augen so scharf und gespannt die Gasse entlang. Da liegt ein weicher, zarter Schimmer von Glück um ihren Mund: Diese Arbeiter erwarten ihre Kinder aus Italien. Da — endlich — erzittert der Boden, und langsam, stolz gleitet der Zug in die Halle. Rot winken die Fahnen, mit denen Lokomotive und Waggons festlich geschmückt sind. Die Wagentüren werden aufgerissen, sorgsame Arme heben die Kleinen aus den Waggons, und ein Strom braungebrannter, blühend aussehender Kinder ergießt sich auf den Perron. Mädchen in roten Sweatern, mit roten Mäschchen im Haar, Knaben in grauen Zoppen formieren sich zu Zügen, scharen sich um die roten Fahnen. Da, auf einmal, fangen die Kleinen zu singen an: Ruben aus Ottafing und Gernals, Mädchen aus Verchenfeld — sie alle singen — italienisch, singen: „Bandiera rossa trionferà“ („Die rote Fahne wird siegen!“), dies alte Lied der italienischen Revolutionäre. Hunderte von schwachen, hohen Stimmen fließen zusammen, wie das Zwitschern von kleinen Vögeln klingt es. Und dann — La Internazionale! ... Unsere Kinder, Wiens Zukunft, singen italienisch die Internationale! ... Ein alter Arbeiter nähert sich den Turiner Genossen, die den Zug begleiten, stammelt einige Worte des Dankes. Auch er hat ein Kind drunten gehabt. Die Italiener wehren ab: „Wir haben aus internationaler Solidari-